

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Gemeinf. Nr. 20.
Postisch. Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkontor:
Dresden 1580.
Briefkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 74.

Mittwoch, 30. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 16 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug R.M. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverstreuungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Tellamezelle 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtsgültige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsberuf und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das politische Osterei,

über das trotz den Feiertagen in den Hauptstädten der Welt sehr energisch debattiert wurde, hat sich als ein recht umstrittenes Geschenk erwiesen. Die endgültige Klärung über die Donaukonferenz der vier Großmächte: Deutschland, England, Frankreich und Italien, ist in dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht erfolgt. Aber schon die Vorgeschichte der Konferenz läßt starke Zweifel an einem Ergebnis zu, auch dann, wenn die schwierige Verbindung zwischen privat und offiziell, zwischen Weekend-Verabredung und konferenzmäßiger Verhandlung vielleicht gelingen sollte. So sehr man in Berlin die starke politische Initiative Englands in der Donaufrage begrüßte, so nachdrücklich bedauerte man doch die geistlichen Schwierigkeiten, die mit dem Konferenzgedanken von vornherein verbunden waren. Es lag auf der Hand, daß der deutsche Reichskanzler für eine derartige Konferenz nur während des Wochenendes am ersten Sonntag nach Ostern zu haben war. Eine Unterbrechung seiner großen für den zweiten Wahlgang um den Reichspräsidentenposten vorgesehene Wahlkreise war nur schwer zu verlangen, da die innerpolitischen Entscheidungen für den Augenblick wenigstens ebenso wichtig sind, wie die außenpolitische Klärung des Sanierungswesens der Donaustaaten, das doch nicht von heute auf morgen beschlossen und in Angriff genommen werden kann. Von rechtsstehender Seite wurde zwar die Forderung erhoben, daß der deutsche Reichskanzler alle Rückichten auf den zweiten Wahlgang, der ja praktisch doch entschieden sei, zurückziehen solle, um sofort Anfang des kommenden Woche nach London zu gehen. Demgegenüber betonte man in Regierungskreisen gewisse Prestigegegenstände, die politisch nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Es würde, wie man nicht ohne Recht meinte, keinem Staatsmann einfallen, einen führenden amerikanischen Politiker zu einer internationalen Konferenz eine Woche vor der Präsidentenwahl einzuladen. Warum soll also ausgerechnet der deutsche Reichskanzler derartige Wahlgegenstände außer acht lassen? Die Sache ist also im Augenblick die, daß Deutschland einer vier-Mächte-Konferenz zustimmt, aber seitens als Zeitpunkt dafür das Wochenende vom 2. und 3. April wählt. Glaubt man diesem berechtigten Wunsche, besonders von französischer Seite, nicht Rechnung tragen zu können und fordert man die beiden Tage auch weiterhin für eine private Vorbesprechung zwischen Tardieu und MacDonald, dann bleibt dem deutschen Reichskanzler nichts übrig, als auf seine persönliche Teilnahme an der Konferenz zu verzichten. Als sein Vertreter müsse dann Staatssekretär von Bülow nach London fahren. In politischen Kreisen gibt man der amtlichen Darstellung der deutschen Wünsche selbstverständlich auch noch eine weitergehende politische Auslegung. Man betont, daß für Deutschland die Konferenz überhaupt nur einen Sinn hat, wenn sie von vornherein als vier-Mächte-Konferenz ausgezogen wird und nicht ein rein englisch-französisches Vorspiel erhält, das nicht nur für Deutschland, sondern auch für Italien unerwünscht ist. Der Wunsch des deutschen Reichskanzlers, die Konferenz auf den 2. und 3. verlegt zu sehen, wird demgemäß als eine verblümte Nachforderung betrachtet, auf die Vorbesprechung überhaupt zu verzichten und aus dem privaten Weekend ein offizielles Weekend und damit eine Konferenz zu machen. Man betont auch, daß nur eine solche Gestaltung der Konferenz Aussichten auf eine Annäherung der vorläufig noch sehr divergierenden Standpunkte der einzelnen Großmächte eröffnen würde. Jeder Versuch einer offenen oder getarnten Ausschaltung Deutschlands muß nach Lage der Dinge zu einem Misserfolg führen, da ohne Deutschland den notleidenden Donaustaaten wohl eine vorübergehende finanzielle Hilfe, aber keine wirkliche Lösung der für sie einzige und allein wichtigen Exportfrage zuteil werden könnte. In jedem Fall beurteilt man in politischen Kreisen die Aussichten einer Verständigung, auch dann, wenn es zu einer Konferenz kommen sollte, mit großer Zurückhaltung. Besondere „Silberstreifen“ sind vorläufig am Horizonte nicht zu erblicken.

Skeptische Aufnahme des Vorschlags Hugenbergs.

Die Deutsche Volkspartei lehnt den Vorschlag Hugenbergs ab.

Hugenberg
schlägt den kleinen Parteien Listenverbindung vor.

Berlin. Im „Deutschen Schnellbrief“ schreibt Dr. Hugenberg u. a.: „Es gibt eine Anzahl von Parteien in Deutschland, die heute im Lande nur wenig Menschen hinter sich haben. Wenn sie für die bevorstehenden Preußenswahlen eigene Listen aufstellen, wird im Lande nahezu niemand bei diesen Parteien zu Abgeordneten gewählt werden, weil im einzelnen Wahlbezirk die erforderliche Stimmenzahl von 50 000 Stimmen nicht erreicht wird. Es entsteht dann die Gefahr, daß jede derartige Partei den Verlust von mehreren 100 000 bürgerlichen Stimmen verursacht. Bei den bevorstehenden großen Entscheidungen wäre dieses Verfahren eine so schwere Verhinderung am Wahltag, daß schon wegen dieser Gefahr niemand einer Partei seine Stimme geben kann, die das tut.“ Hugenberg weiß sodann daraufhin, daß bei den Plänen, die fraglichen Parteien (DPW, Landvolk, Wirtschaftspartei) zu einer „bürgerlichen Mitte“ zusammenzuschließen, nichts herauskomme und fügt fort: „Es fragt sich, ob es nicht angängig und zweckmäßig wäre, zu sagen: Gibt sich nicht ein Abkommen folgenden Inhalts mit der DPW, treffen: Die Rechtsstimmen der betreffenden Parteien kommen, da sie mangels der entsprechenden Stärke sonst im Lande verloren sein werden, auf die deutlich nationale Linie. Es wird sicher gestellt, daß auf dieser eine entsprechende Anzahl von geeigneten Vertretern der fraglichen Parteien stehen und in den Landtag kommen.“ (Vergleiche den Vortrag Landvolk und Konservative vom 5. September 1930 — die neuesten preußischen Bestimmungen über die Wahllisten). Die so Gewählten werden Hospitanten der Landtagsfraktion der DPW, da auf Fraktionsstärke der betreffenden Parteien nicht zu rechnen ist. Über drei Grundsätze müßte allerdings volle Einigkeit herrschen: 1. klarer und entschieder Nationalismus, 2. Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus, 3. Bildung eines nationalen, antikommunistischen Kabinetts in Preußen und im Reich. Jetzt macht Hugenberg diesen Vorschlag öffentlich, weil zu Verhandlungen hinter den Kulissen infolge der plötzlichen Verstärkung des preußischen Wahlterms keine Zeit mehr sei.

Die Parteien lehnen ab.

Berlin. (Funkspruch.) Der Appell, den der Führer der Deutschnationalen Volkspartei Hugenberg an die bürgerlichen und berufsständischen Rechtsparteien zur Sammlung der Rechtsstimmen bei der preußischen Landtagswahl auf der deutschnationalen Landesliste gerichtet hat, findet, wie das Nachrichtenbüro des BdZ. in parlamentarischen Kreisen hört, bei den beteiligten Parteien eine skeptische Aufnahme. Durchweg erinnert man an die scharfen Angriffe, die Hugenberg gegen diese Parteien noch vor kurzem gerichtet habe, und meint, daß es die Wähler unter diesen Umständen nicht verstehen würden, wenn ihre Abgeordneten als Hospitanten in die Deutschnationale preußische Landtagsfraktion einzutreten sollten. Auch kommt der Vorschlag Hugenbergs in technischer Hinsicht etwas spät, da bereits Verhandlungen zwischen den berufsständischen Parteien über Listenverbindungen im Gange sind, mit deren Abschluß man rechnet. An diesen Verhandlungen sind vornehmlich das Landvolk und die Wirtschaftspartei beteiligt.

Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat die in Betracht kommenden Parteigruppen um eine Stellungnahme zu dem Vorschlag ersucht.

Der Landwirtschaftsführer Dr. Gereke, der zur Zeit Vorsitzender der Vereinigung Hindenburgausschüsse ist, erklärt, daß so gut der Gedanke als solcher wäre, doch die von Hugenberg angewandten Mittel durchaus falsch seien. Solche Dinge könne man nicht in der Öffentlichkeit regeln, sondern nur in vertraulicher Aussprache von Mann zu Mann. An solchem vertraulichem Verhandeln hindere

nicht zuletzt das mangelnde Eintreten Hugenbergs für den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Wer wirklich die gesamte Rechte sammeln wolle, könne das nicht in der Form eines öffentlichen in einigen Punkten verlebten Briefes tun. Die verlebene Form dieses Briefes, der den anderen Parteien gleichzeitig die Annahme einer Unterwerfung unterstellt, mache es völlig unmöglich, darauf einzugehen. Da der Parteiführer des Landvolks, Dr. von Hauenstein-Tschech, erst Donnerstag abend wieder in Berlin eintrifft, ist eine offizielle Entscheidung der Partei über den Hugenberg-Vorschlag nicht vor Freitag zu erwarten. Es ist aber anzunehmen, daß die Stellungnahme Dr. Gerekes sich mit der Auffassung der Gesamtparteien vollkommen deckt.

Die Deutsche Volkspartei nimmt zu dem Vorschlag Hugenbergs in folgender Weise Stellung:

Herr Abg. Hugenberg stellt ein Programm für den Nationalismus auf, dem man sich durchaus anschließen kann. Die Deutsche Volkspartei läßt sich in nationaler Gedanken von niemand übertreffen. Die Strebemannsche Volkspolitik der Rheinlandbefreiung war eine eminent nationale Politik, obwohl sie von Herrn Hugenberg nicht anerkannt wird. Die Deutsche Volkspartei führt nicht nur einen entschlossenen Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form, sondern auch gegen die Schwarze-Rote Koalition in Preußen. Das wahre Gesicht des Hugenberg-Vorschlags zeigt sich in der Bemerkung über die „Schwundend zu ihm Kommenden“, die bei ihm „eingeschmolzen“ werden sollen. Damit zielte Herr Hugenberg sein geistiges Unvermögen, überhaupt bürgerliche Sammlungspolitik zu treiben. Wer anders als er denkt und handelt, ist noch lange kein Halbwis oder Schwaksender, sondern ein Politiker, der von persönlicher Übersetzung und vaterländischer Verantwortung ein ganz anderes Bild hat als der deutchnationale Führer. Daß Herr Hugenberg den nationalen Beruf und die „Zentung“ habe, die bürgerliche Welt zu sammeln, muß nach älteren Erfahrungen ebenso wie nach den neuesten Ereignissen bestritten werden. Die Hindenburg-Wahl hat bewiesen, wie wenig der deutchnationale Parteiführer die Aufgabe der Zeit und die Stunde des nationalen Bürgertums verstanden hat.

Wir hätten heute eine ganz andere politische Lage in Deutschland, wenn Hugenberg mit der gesamten Rechten für die Wahl Hindenburgs eingetreten wäre. Nach dem Ergebnis des 13. März mag Abg. Hugenberg Verantwaltung haben, sein politisches Ansehen durch eine neue Aktion zu heben. Die Fäden zwischen seinem jetzigen Vorschlag und den Ereignissen in dem Wahlkreis Westfalen-Süd sind deutlich erkennbar. Für die Deutsche Volkspartei besteht keine Veranlassung, auf das Scheinangebot einzugehen. Herr Hugenberg kann völlig unbefugt sein, denn die Stimmen der volksparteilichen Wähler werden auf ihren Wahlkreislisten und auf dem Landeswahlvorschlag voll zur Geltung kommen. Hier besteht nicht die geringste Gefahr, zumal Herr Hugenberg selber mit dem Verlust der Hälfte seiner Mandate rechnen muss, also kaum in der Lage sein dürfte, anderen Parteien irgendwelche Sicherungen zu verprechen.

Die Wirtschaftspartei veranstaltet am Freitag eine Tagung ihres preußischen Landesausschusses, in der die Kandidatenfrage geregelt werden soll. In dieser Sitzung wird auch zu dem Vorschlag Dr. Hugenbergs Stellung genommen werden, so daß zur Zeit eine offizielle Entscheidung der Partei noch nicht vorliegt. Nach Auskunft maßgebender Stellen der Wirtschaftspartei dürfte aber auch für diese Partei der Vorschlag Hugenbergs nicht diskutabel sein. Der Führer der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abg. Große, äußerte sich dahin, daß abgesehen von der technischen Unmöglichkeit der Durchführung des Hugenberg-Vorschages, ein derartiges Anliegen in Form eines offenen Briefes von der Wirtschaftspartei abgelehnt werde.

Von der Konservativen Vereinigung waren am Mittwoch maßgebende Führer nicht zu erreichen, doch wird versichert, daß auch von den Konservativen die Auffassung des Landvolks, der Volkspartei und anderer Parteigruppen voll geteilt wird.

„Graf Zeppelin“ nach Friedrichshafen zurückgeföhrt.

Friedrichshafen, 29. März. Um 16.12 Uhr erschien das Luftschiff zum ersten Mal über dem Flugplatz, um 16.20 Uhr wurde die Post abgeworfen und um 16.37 Uhr war der „Graf Zeppelin“ wieder glatt auf dem Werksgelände gelandet.

Mit der Landung bringt der „Graf Zeppelin“ seine erste diesjährige Südamerikafahrt zum Abschluß. Das Luftschiff war am 21. März um 0.33 Uhr in Friedrichshafen gestartet und nach außerordentlich rascher Fahrt, die unter anderem

auch über Marokko führte, am 23. März um 20 Uhr in Fernambuco glatt gelandet. Für die Postzustellung auf der Strecke Deutschland-Buenos Aires ergab sich infolge der schnellen Fahrt des Luftschiffes eine Rekordzeit. In Fernambuco wurde die Post sofort nach der Landung von Flugzeugen weitergebracht. 4½ Tage nach der Aufzehrung war die deutsche Post bereits in Buenos Aires. Am 25. März um 4.20 Uhr MESZ trat „Graf Zeppelin“ den Rückflug nach Deutschland an.

der Politik der Reichsregierung eindeutig klärt. Der Schritt des Reichsverbandes bedeutet im übrigen keineswegs, daß die Industrie dem Reichskanzler die in der letzten Zeit gemachten Vorschläge währungs-politischer Art befürwortend

unterbreitet. Man ist nach unseren Informationen auch in diesen Kreisen der Auffassung, daß alle Währungsvereinigungen im gegenwärtigen Augenblick verhängnisvoll sind und deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden müssen.